

SÜDKURIER

GEMEINSAME WÄHRUNG

Euro-Krise ohne Ende



Bisher hat der Euro alle Tiefpunkte überstanden. Aber das heißt nicht, dass das so bleibt.

VON DETLEF DREWES, BRÜSSEL

Europa hat in diesen Tagen überschuldeten Staaten eine Lektion erteilt. Konsequenter als je zuvor ließ man Griechenland bis an den Rand der Staatspleite abgleiten, um deutlich zu machen: Wer glaubt, er könne es sich mit Geldern aus dem Rettungsschirm bequem machen, begibt sich auf keine vergnügliche Reise.

Die drastischen Auflagen, die de facto zur finanziellen Fremdbestimmung eines Schuldensünders führen, erschüttern Griechenland und führen zu sozialen Unruhen. Diese Lektion ist schwer, aber sie war auch nötig. Viel zu lange hatte die griechische Regierung geglaubt, man werde ihr die Rosskur ersparen. Es war eine Illusion. Und so wurde aus dem Taumeln Athens eine Lehrstunde für alle jene, die immer noch darauf setzen, dass sie auf bequeme Weise mit dem Geld anderer ihre Defizite lösen könnten.

EU muss umdenken

Dennoch muss auch die EU umlernen. Dazu gehört nicht nur die Einsicht, dass man ein Mitgliedsland mit Sparauflagen nicht umbauen kann. Erst jetzt und damit viel zu spät beginnt man in Brüssel und den anderen Hauptstädten, über einen Aktionsplan nachzudenken. Der ist notwendig, damit aus dem Sparzwang der Währungsänderer kein Strangulieren der Wirtschaft wird.

Es bedarf aber noch weiterer Korrekturen, vor allem auf dem europäischen Finanzmarkt. Deshalb ist das, was in dieser Woche völlig abseits der großen Schlagzeilen beginnen wird, so wichtig. Denn wenn in Paris die Europäische Wertpapieraufsicht ihre Arbeit aufnimmt, kauft der Euro-Raum den berüchtigten Ratingagenturen erstmals den Schneid ab. Die Vormachtstellung der amerikanisch dominierten Beratungsgesellschaften soll gebro-

chen und ihren allzu oft ideologisch gefärbten Bewertungen ein europäisches Gewicht entgegengesetzt werden. Das ist nötig, denn die Unfehlbarkeit, mit der Standard & Poor's, Finch und andere viele nicht-amerikanische Aktivitäten herunterstufen, war schon länger unerträglich, weil einseitig.

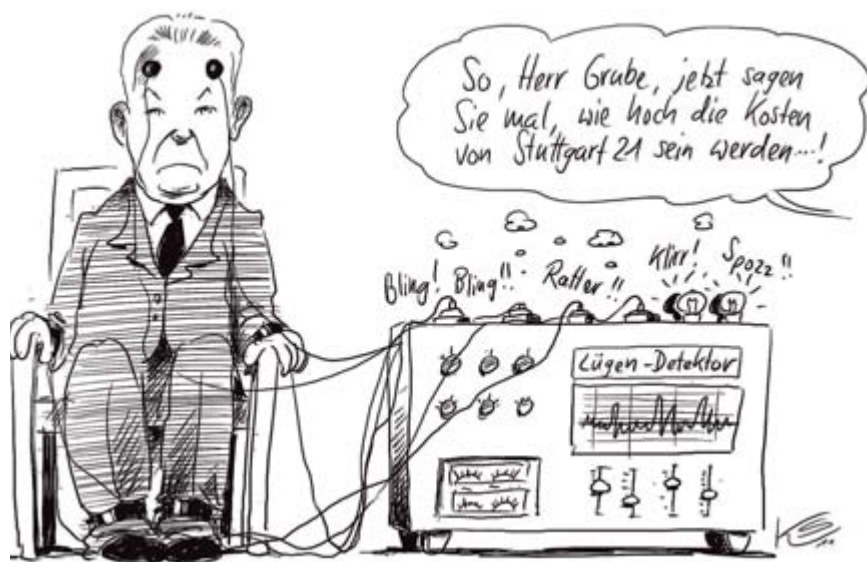
Bei allem Unverständnis für das griechische Zögern angesichts notwendiger Reformen lag doch stets auf der Hand, dass man neuen Initiativen, Rettungsplänen und Regierungsaufgaben Zeit geben muss, um zu wirken. Dennoch bleibt am Ende dieser Schreckenstage für Griechenland und vor dem möglichen Offenbarungseid weiterer überschuldeter Euro-Länder mehr als nur die Frage, woher eigentlich immer neues Geld für immer weitere Hilfsaktionen für Länder in Not kommen soll. Denn ein innereuropäischer Finanzausgleich wird ebenso wenig durchsetzbar sein wie eine dauerhafte Transfer-Union.

Dass in dieser Situation der Gedanken an einen „New Deal“, an ein über Euro-Bonds finanziertes Investitionsprogramm für die Mitglieder der Gemeinschaftswährung, aufkommt, ist nachvollziehbar. Schon seit Wochen mühen sich ehemalige Polit-Größen aus diversen EU-Staaten, solche Papiere als Zaubermittel anzupreisen.

Der Reiz besteht darin, dass derartige projektbezogene Anleihen auch nicht-europäisches Geld anziehen könnten. Ihr Nachteil wäre die Gefahr der Sozialisierung von Schulden und damit genau das, was man bisher stets zu vermeiden suchte. Der Gedanke hat etwas Richtiges: Die Schuldenkrise hat gezeigt, dass der Euro zwar stark, seine Sicherung aber unsicher ist.

Ob es reicht, die bereits vereinbarten Rettungsmaßnahmen wie einen verschärften Stabilitätspakt, die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und anderes in Kraft zu setzen, ist offen. Aber es wird Zeit, die Wirkung dieser Initiativen zu erfahren. Denn auch das ist klar: Bisher hat der Euro alle Tiefpunkte stabil überstanden. Aber das heißt nicht, dass dies auf alle Zeiten so bleiben wird.

politik@suedkurier.de



Der nächste Stresstest... STUTTMANN

SÜDKURIER Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 • European Newspaper Award 2011

Chefredakteur: Stefan Lutz
Stellvertretende Chefredakteure: Günter Ackermann, Jörg Braun
Neue Medien: Martin Utz (Mitglied der Chefredaktion)
Politik und Hintergrund: Dieter Löffler (Leitung), Karina Christen (Stellv.); **Wirtschaft:** Peter Ludäscher; **Kultur:** Wolfgang Bager; **Sport:** Ralf Mittmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Rainer Wiesner
Verlagsleitung: Michel Bieler-Loop
Anzeigen: Michael Beyer
Vertrieb: Sebastian Stier
Zustellung: Thomas Kluzik
 SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
 Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
 Postfach 102 001, 78420 Konstanz
 Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485
Abo-Service und Kleinanzeigen:
 Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Internet: <http://www.suedkurier.de>
<http://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail-Adressen:
 redaktion@suedkurier.de
 leserbriefe@suedkurier.de
 service@suedkurier.de
 anzeigen@suedkurier.de
 kleinanzeigen@suedkurier.de
 Commerzbank Konstanz
 Konto-Nr. 270181100; BLZ 690 400 45
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
 78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
 Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 01. 01. 2011 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

ZUM TAG

GESAGT IST GESAGT

„Es gibt nur eine Gruppe von Flüchtlingen, gegen die ich etwas habe, und das sind Steuerflüchtlinge.“

Florian Pronold, SPD-Landesvorsitzender von Bayern

„Der Klimawandel kennt keine Grenzen. Er betrifft jedes Land.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU), über die schleppenden Klimaschutzverhandlungen

„Freizeit ist kein Ziel für mich.“

Gerd Sonnleitner, deutscher Bauernpräsident, der nach seinem Rücktritt wieder auf seinem Hof in Niederbayern arbeiten will

„Ich bin für Berlin nicht das, was Christoph Daum einmal für den 1. FC Köln war. Hier kommt keiner, der auf einmal Heilsbringer ist, oder der alles weiß.“

Rainer Maria Woelki, neu ernannter Erzbischof von Berlin

ECHT WAHR

Albert II. von Monaco hat badische Wurzeln

Hochzeiter Fürst Albert II. von Monaco hat badische Vorfahren: Erbprinz Louis II., der Großvater und Vorgänger von Alberts Vater Fürst Rainier III. wurde am 12. Juli 1870 in Baden-Baden geboren. Seine Großmutter Marie Amalie war das jüngste Kind des Großherzogs Karl von Baden. Aus ihrer Ehe mit dem Herzog von Hamilton und Brandon stammte unter anderem Louis' Mutter, Mary Victoria Douglas Hamilton. Sie heiratete am 21. September 1869 in Frankreich den Erbprinzen Albert I. von Monaco. Die Ehe stand aber unter keinem guten Stern: Bereits mit Sohn Louis schwanger, verließ die Prinzessin wenige Monate nach der Trauung ihren Mann. In Zukunft lebte sie vorwiegend in Baden-Baden am großherzoglich-badischen Hof. Die Ehe wurde 1880 annulliert. (dpa)

ONLINE HEUTE

BILDERGALERIEN

So schön war das Wochenende

OpenAir St. Gallen, Schwenninger Kulturnacht, Riesenflohmarkt in Konstanz, Schwyzertag in Tiengen: Wir zeigen Ihnen alle Bilder im Überblick. www.suedkurier.de/bilder

SPEZIAL

Deutschland im Frauenfußball-Fieber

Online erhalten Sie alle Berichte von WM-Reporter Matthias Scheibengruber, Beiträge aus dem Fußball-Tagebuch der Online-Redaktion, Bilder, Videos und Public-Viewing-Plätze in Ihrer Nähe. www.suedkurier.de/frauen-wm

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 01. Juli Wäre eine Fettsteuer auch in Deutschland sinnvoll?

25% - Ja, die Leute würden sich gesünder ernähren.
 75% - Nein, wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Steuern.

Frage heute: Hat Strauss-Kahn Chancen auf ein Comeback?
 Seite 1 www.suedkurier.de/umfrage

Kubas Motor will nicht anspringen

- Private Kleinwirtschaft soll Sozialismus retten
- Bürger trauen dem Regime nicht mehr - und umgekehrt
- Tourismus steckt noch immer in den Kinderschuhen

VON FRANZ SMETS, DPA

Die Türe zum Frisörladen „El Figaro“ steht den ganzen Tag über offen. Wenn sich ein Klient nähert, wird der Meister gerufen, und Héctor erscheint aus dem düsteren Nachbaringang oder aus der Kneipe gegenüber, wo er gerade ein Schwätzchen gehalten hat. Der „Figaro“ trägt einen kurzen weißen Kittel. In seinem rechten Ohr steckt ein goldener Ring. Sein schwarzer Schädel ist glattrasiert. „Ich nehme drei Pesos für den Schnitt“, sagt er. Und da dieses Mal ein Ausländer der Klient ist, sind es konvertible Pesos (CUC) im Wert von je über einem Dollar oder 25 sogenannten Pesos nationaler Währung (CUP). Drei CUC sind angesichts eines durchschnittlichen Monatseinkommens von 15 CUC (rund 15 Dollar) eine stolze Summe, für die ein kubanischer Normalverdiener lange arbeiten muss.

CUC und CUP haben die kubanische Gesellschaft gespalten. Es ist kein Wunder, dass die Abschaffung der doppelten Währung zu den Reformzielen der Regierung gehört, doch angesichts finanzieller Not nicht realisiert wird.

„Es hat sich hier in 50 Jahren nichts geändert.“

Héctor, Friseur in der Hauptstadt Havanna

In der Mitte des hellblau getünchten Raumes steht ein Friseurstuhl aus dem vergangenen Jahrhundert. Der Klient wird in ein beiges Tuch gehüllt. Dann zeigt Héctor stolz, dass die Mangelwirtschaft Kubas erfindungsreich macht. Er schärft seine einzige Schere am Hals einer kleinen Parfümflasche. Doch ehe es zur Feinarbeit mit der Schere kommt, kürzt er das Haupthaar mit einem elektrischen Rasierer an den Schläfen und am Hinterkopf auf einen Zentimeter. Denn Héctors große Spezialität ist es, seinen Klienten den Schädel glatt zu rasieren. Dafür wirbt er sogar im Rahmen seiner Möglichkeiten. „Glatzen sind gratis für Geburtstagskinder“, hat er auf einen Zettel an der Wand geschrieben. Der hängt neben einem Abbild der langhaarigen Revolutionsikone Ernesto „Che“ Guevara.

Von der Sorte Héctors gibt es noch nicht viele in Havanna. Er hat seinen Laden seit 2003 und hält sich mehr recht als schlecht über Wasser. „Es hat sich in 50 Jahren nichts geändert“, klagt er. Auch nicht in den vergangenen zwei Jahren, in denen alle über Reformen reden? „Nein. Unsere Leute sind müde zu warten“, sagt er. Nur für Leute mit Geld sei es besser geworden.

Um Kubas Wirtschaft vor dem Ruin

und das sozialistische Modell vor dem Ende zu bewahren, hat Präsident Raúl Castro im vergangenen Jahr beschlossen, auf Privatwirtschaft zu setzen. Mehr als eine Million Angestellte aus dem unproduktiven staatlichen Sektor sollen in den kommenden Jahren eine Lizenz wie Héctor erhalten. Sie können sich als Frisöre, Bauern, Touristenführer, Musiker und Produzenten von Kunst und Kitsch sowie als Eigentümer von Verkaufsständen und als Handwerker eine Lebensgrundlage schaffen. Rund 300 000 Lizenzen sollen bisher bewilligt worden sein.

Doch kommt das komplexe Projekt, das sich wohl an China und Vietnam als Vorbildern orientiert, nur schleppend in Gang. Inzwischen sind einige private Restaurants (Paladares) hinzugekommen. Schon seit Längerem dürfen Einwohner in ihren Häusern und Wohnzimmern an Touristen vermieten, allerdings unter strenger Kontrolle des Staates und hohen Abgaben, die zu leisten sind. Für die Familien ist das eine Goldgrube - der Umsatz mit kleinen Zimmern und einem Frühstück für Touristen beträgt ein Vielfaches des gewohnten Familieneinkommens. Dazu gibt es viele kleine Geschäfte mit Andenken und Kunsthandwerk. Aber noch ist das keine Massenbewegung.

Die geplanten Massenentlassungen werden hinausgezögert. Soziale Probleme sind programmiert, am Ende wären soziale Unruhen nicht auszuschließen - und das ausgerechnet in einem sozialistischen Staat. Dagegen und gegen Unmutsäußerungen der Bevölkerung geht die Regierung mit großer Härte vor. Vor wenigen Tagen wurden Oppositionelle zu Haftstrafen verurteilt. Sie hatten im Januar Flugblätter mit der Aufschrift: „Nieder mit den Castros“ verteilt.

„Niemand in Kuba schafft es, mit 15 oder 20 CUC zu leben“, sagt der Vertreter eines ausländischen Unternehmens in der kubanischen Hauptstadt. „Die Vergabe von Lizenzen ist nichts anderes, als das zu kontrollieren, was ohnehin schon immer existierte.“ Deshalb, so ist in diesen Tagen in Havanna zu erfahren, haben viele neue Kleinunternehmer ihre Lizenz wieder abgegeben. Es sei einfacher, seine Dienste ohne Genehmigung des Staates anzubieten. „Auch in Kuba ist es ein Sport, keine Steuern zu zahlen“, erklärt der Unternehmer. Das ist ungewöhnlich in einem Land, in dem die Geheimpolizei fast überall sitzt und jede kleine Bewegung der Bürger argwöhnisch beobachtet. Doch daran haben sich die Kubaner gewöhnt und werden zunehmend widerpenstig. Sie ahnen, dass dem greisen Regime die Zügel zunehmend aus der Hand gleiten.

Kuba

Havanna, Sancti Spiritus, Trinidad, Pinar del Rio, Santiago de Cuba

Karibisches Meer

Fläche: 110 860 km²
 Einwohnerzahl: 11 451 652
 Bevölkerungsdichte: 103,3 Einwohner pro km²
 Hauptstadt: Havanna (La Habana)
 Amtssprache: Spanisch
 Währung: Kubanischer Peso, Konvertibler Peso

100 Kilometer

GRAFIK: DPA, SK